



Pressemappe zum Start von „Wir Zahlen Nicht“ am 10. Januar 2023

WICHTIGE INFORMATIONEN IN KÜRZE 2

Wer wir sind und was wir wollen 2

Konkrete Forderungen 2

Zitate 2

Aktionsform 3

Warum ein Zahlungsstreik für Strom? 4

HINTERGRÜNDE – ZAHLEN, DATEN, FAKTEN 6

Entwicklung der Strompreise 6

Warum die Strompreisbremse nicht reicht 7

Entwicklung der Gewinne von Stromkonzernen 8

Pressekontakt:

Marie Bach und Lena Deich
Telefon: 015218352759
E-Mail: presse@wirzahlennicht.info

WICHTIGE INFORMATIONEN IN KÜRZE

Wer wir sind und was wir wollen

Unsere Initiative "Wir Zahlen Nicht" ist ein neuer bundesweiter Zusammenschluss von Leuten, die etwas gegen die massiven Preissteigerungen tun wollen. Wir sind engagierte Einzelpersonen sowie Menschen aus verschiedenen sozialen Bewegungen und aus den Protesten gegen die Inflations- und Energiekrise in den letzten Monaten.

Uns eint, dass wir uns die steigenden Preise für Strom, Energie und Lebensmittel nicht mehr leisten können und wollen. Wir wollen nachhaltigen und bezahlbaren Strom für alle, damit auch Durchschnitts- und Geringverdiener*innen oder Menschen ohne Einkommen nicht im Dunkeln sitzen müssen.

Konzerne wie RWE, Vattenfall oder E.ON haben in der Energiekrise enorme Gewinne eingefahren. Das tragen wir nicht länger mit. Deshalb soll unser Streik ermöglichen, was mit ihnen nicht möglich ist: Bezahlbaren Strom für alle. Das wollen wir erreichen, indem wir gemeinsam streiken, sobald wir genügend Menschen sind.

Konkrete Forderungen

Wir brauchen einen akuten Schutz für alle vor Stromsperrern, einen Festpreis von max. 15 Cent pro Kilowattsunde (ct/kWh), 100% erneuerbare Energie und die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Wir werden streiken, sobald wir 1 Million Menschen sind, die das gemeinsam tun wollen.

Zitate

„Alles wird teurer. Lebensmittel, Wohnen, Heizen, Strom. Schon 2021 hatten Millionen Menschen Probleme ihre Stromrechnung zu bezahlen. Hunderttausenden Haushalten wurde sogar der Strom abgeklemmt. Mittlerweile haben sich die Strompreise bei manchen Anbietern mehr als verdoppelt. Die Energiekonzerne fahren währenddessen eine Milliarde nach der anderen an Gewinn ein. Wir sagen: Es reicht. Wir zahlen nicht länger für die Profite der Konzerne. Strom ist Grundversorgung und muss bezahlbar sein.“ (Lena Deich, Wir Zahlen Nicht)

„Wir stehen vor einer massiven sozialen Krise. Daran wird auch die Strompreisbremse nichts ändern. Darauf wollen wir eine solidarische Antwort: Sobald wir 1 Million Menschen sind, nehmen wir den Strompreis selbst in die Hand und gehen in den Zahlungsstreik. Wir wollen, dass Menschen mit ihren unbezahlbaren Stromrechnungen nicht alleine gelassen werden. Deshalb organisieren wir uns und zahlen gemeinsam nicht - weil wir nicht können und weil wir nicht wollen.“ (Lena Deich, Wir Zahlen Nicht)

„Wir wollen bezahlbaren Strom durch erneuerbare Energien und raus mit der Versorgung aus dem Markt. Wir können uns die Profite nicht länger leisten - genauso wie wir uns schon lange nicht mehr dreckigen Strom aus Kohle und Gas leisten können. Deshalb fordern wir: Runter mit den Preisen auf 15 ct/kWh, die Vergesellschaftung der Stromversorgung und die komplette Umstellung auf erneuerbare Energien.“ (Marie Bach, Wir Zahlen Nicht)

„Armutsbetroffen zu sein macht eine Existenzangst, die zusätzlich handlungsunfähig und krank macht. Für viele Menschen reicht das Geld aktuell nicht einmal für die Lebensmittel - die Verdoppelung der Stromkosten ist da der Todesstoß.“ (Nicole Lindner, Bündnis gegen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen)

„Es ist unverständlich, dass die Gewinnmargen durch Fördergelder subventioniert werden, anstatt die Gewinner der Krisen abzukassieren und Stromkosten für alle erträglich zu gestalten. Energie gehört zur Daseinsvorsorge und gibt die Grundlage an der Gesellschaft teilnehmen zu können.“ (Nicole Lindner, Bündnis gegen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen)

„Energie sparen müssen Menschen, die armutsbetroffen sind schon lange. Als EU-Rentnerin bin ich eh schon oft verdammt zuhause zu bleiben und dann noch die massiven Energiekosten - das schließt mich völlig aus der Gesellschaft aus. Wie soll man sich da noch ein Bahnticket oder eine Kinokarte leisten?“ (Nicole Lindner, Bündnis gegen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen)

„Armutsbetroffen zu sein macht eine Existenzangst, die zusätzlich handlungsunfähig und krank macht. Für viele Menschen reicht das Geld aktuell nicht einmal für die Lebensmittel - die Verdoppelung der Stromkosten ist da der Todesstoß.“ (Nicole Lindner, Bündnis gegen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen)

„Die Regierung versucht die Kosten des Scheiterns der langjährigen deutschen energie- und klimapolitischen Strategie auf die ganze Gesellschaft abzuwälzen – nachdem die Gewinne längst privatisiert wurden. Es ist an der Zeit, diesen schlechten Deal neu zu verhandeln und endlich die Energiewende konsequent voranzubringen.“ (Dr. Lasse Thiele, Konzeptwerk Neue Ökonomie)

„Es braucht langfristig Lösungen, um das Recht auf eine Energie-Grundversorgung zu gewährleisten und gleichzeitig unnötigen Energiekonsum einzudämmen. Das Prinzip der Energiepreisbremsen ist richtig, aber die Maßnahmen greifen viel zu kurz.“ (Dr. Lasse Thiele, Konzeptwerk Neue Ökonomie)

Aktionsform

Viele von uns können sich die steigenden Preise für Strom nicht mehr leisten. Viele sparen schon längst an allem – und das auch nicht erst seit diesem Winter. Mehr geht nicht. Uns droht ein kalter und dunkler Winter in unseren Wohnungen. Während wir aber frieren sollen und immer absurdere Spartipps vor allem von Leuten, die im Warmen sitzen, bekommen, haben Energiekonzerne in den letzten Monaten enorme Gewinne in Milliardenhöhe eingefahren (siehe S. 8). Deswegen sagen wir: es reicht!

Unsere Antwort: Wir zahlen nicht, wir streiken! Das heißt, wir verweigern die hohen Preise bis wir einen fairen und für alle bezahlbaren Strompreis erreicht haben. Wir beginnen mit dem Streik, sobald wir eine Million Menschen sind. Wird auf unsere Forderungen nicht reagiert, reduzieren wir unsere Abschlagszahlungen massenhaft auf 15 ct/kWh. Das heißt: Wir zahlen den Preis für erneuerbare Energie. Wird auf diesen Warnstreik nicht reagiert, stellen wir die Zahlungen komplett ein.

Und: Wir wollen niemanden mit unbezahlbaren Stromrechnungen alleine lassen, wir wollen zusammen stehen. Wir bestreiken gemeinsam unsere Stromrechnungen - auch diejenigen, die zahlen könnten.

Warum ein Zahlungstreik für Strom?

Die Preissteigerungen beim Strom müssen endlich ein Ende haben

Die Preise für Strom sind seit 2021 und besonders im Jahr 2022 massiv gestiegen. Bei manchen Anbietern haben sie sich mehr als verdoppelt (S. 6). In der gleichen Zeit sind die Reallöhne gesunken. Immer mehr Menschen können sich die teuren Energiepreise nicht leisten. Mit unserem Zahlungstreik wollen wir ein Zeichen gegen den rasanten Preisanstieg und Energiearmut setzen. Wir wollen außerdem zeigen, dass erneuerbare Energie billiger ist.

Fossile Energie ist hauptverantwortliche für die Energiekrise und steigende Preise

Wie kommt der Strompreis zustande? An der Strombörse bestimmt der Erzeugerpreis für die teuerste Energiequelle den Gesamtpreis für die Stromerzeugung. Zuerst kommen immer die Kraftwerke zum Zug, die den günstigsten Preis anbieten können. Das sind die erneuerbaren Energien. Als billigste Stromanbieter speisen sie ihren Strom als Erste ein. Danach kommen Atomstrom, Braunkohle und Kohle. Wenn mehr Strom benötigt wird, kommen am Ende die teuersten Kraftwerke zum Zug – das sind gasgetriebene Kraftwerke.

Und dann folgt eine Besonderheit, die nun die Preise explodieren lässt: Am Ende bekommt jeder den Preis, den das teuerste Kraftwerk verlangt hat. Diese Art der Preisbildung nennt sich "Merit Order". Faktisch bedeutet dies: Egal wie billig der Brennstoff ist, am Ende erhalten alle Kraftwerke den Preis des teuersten Stromeinspeisers. Und dieser Preis ist immer wieder um mehr als das Zehnfache höher als die tatsächlichen Kosten. Weil die Kosten für Gas in den letzten Monaten massiv gestiegen sind, steigt also auch der Strompreis an. Aber: Auch Betreiber von Windparks und Großsolaranlagen profitieren. Denn auch sie erhalten die Preise des teuersten Einspeisers.

So lange die Situation bleibt, wie sie ist, zahlen deutsche Stromkunden Jahr für Jahr viele Milliarden, mit denen schlicht der Gewinn der Kraftwerksbetreiber in bislang unvorstellbare Höhen getrieben wird.

Wir wollen dauerhaft bezahlbare Strompreise

Durch eine Vergesellschaftung der Stromversorgung könnten die Preise für Strom dauerhaft gesenkt werden. Denn von unseren Strompreisen müssten dann nicht mehr die Profite der Energiekonzerne bezahlt werden, sondern nur noch die tatsächlich entstehenden Kosten für die Energieerzeugung und Verteilung. Ohne Profitdruck könnten ökologische Produktion und soziale Tarifsysteme demokratisch festgelegt werden.

Vergesellschaftung ist möglich – so steht es selbst im Grundgesetz

Zur Vergesellschaftung der Energieversorgung sind auf Bundes- wie auf Landesebene gesetzliche Maßnahmen nach Artikel 15 des Grundgesetzes denkbar. Dort heißt es: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Auch auf kommunaler Ebene ist eine (Re-)Kommunalisierung von Infrastrukturen möglich. Das wurde bereits mehrfach über direktdemokratische Abstimmungen versucht, wie etwa 2013 über den erfolgreichen Volksentscheid der Kampagne „Unser Hamburg – unser Netz“ und zeitgleich in Berlin durch den Berliner Energietisch. Beide beinhalten umfassende Ideen für soziale Maßnahmen und eine beschleunigte Energiewende. Wir wollen - ähnlich wie die Kampagne Deutsche Wohnen und Co. enteignen - noch einen Schritt weiter gehen: Statt die Stromversorgung zu

verstaatlichen, wollen wir sie in gesellschaftliches Eigentum überführen und demokratisch organisieren.

Von bezahlbarem Strom profitieren auch öffentliche und soziale Einrichtungen – Kleinstgewerbe, Kultur und soziale Einrichtungen

Durch bezahlbare Strompreise profitieren auch Kleinstgewerbe, Kultur und soziale Einrichtungen. Denn sie sind bei den vergünstigten Preisen der Strompreisbremse für die Industrie bisher nicht berücksichtigt. Anstatt 13ct /kWh wie in der Industrie zahlen Bäcker, Schwimmbäder oder Bibliotheken ebenfalls gestiegene Preise und die Strompreisbremse greift wie bei privaten Haushalten erst ab 40 ct/kWh. Gerade Kleingewerbe, Räume für Kunst und soziale Einrichtungen sind also auf bezahlbaren Strom angewiesen.

Wieso 15 ct/kWh?

Bereits jetzt wird der größte Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen (45% des Strommixes). Der Produktionspreis für erneuerbare Energie ist am günstigsten und liegt aktuell bei circa 15 ct/kWh. Dies ist aber nur der Durchschnittspreis. Wenn man sich nur die Produktionskosten aus neuen Anlagen anschaut, liegt dieser bei rund 7,5 ct/kWh. Durch den weiteren Ausbau neuer Anlagen und technischen Verbesserungen wird der Durchschnittspreis für erneuerbare Energien voraussichtlich noch weiter sinken und langfristig die günstigste Energiequelle darstellen.¹ Und dabei darf nicht vergessen werden: Beim Produktionspreis für fossile und atomare Energien werden die enormen Folgekosten nicht berücksichtigt.

Der durchschnittliche Strompreis setzt sich aktuell (Stand: 2022) aus drei Komponenten zusammen. Das sind der Preis für die Stromerzeugung (44,2%), der Preis für die Netzentgelte (24,7%) sowie sonstige Abgaben (u.a. 16% Mehrwertsteuer, 6,3% Stromsteuer und 8,9% sonstige Abgaben).²

Auf den Strompreis von 15 ct/kWh kommen wir aus drei Gründen:

1) Wir fordern 100% erneuerbare und dezentrale Energie. Darum nehmen wir den Preis für die Stromerzeugung von erneuerbarem Strom als Grundlage, also 7,5 ct/kWh. Wir zahlen nicht länger für klimaschädlichen Strom aus fossilen und atomaren Energien.

2) Wir fordern die Vergesellschaftung der Energieversorgung. Aktuell ist der Großteil der Energieversorgung privatisiert, von den Produktionsanlagen bis hin zu den Versorgungsnetzen. Auch dort, wo die Stromversorgung in kommunaler Hand liegt, stehen diese weiterhin in Konkurrenz zu privaten Anbietern. Die Konzerne machen Profite mit unseren Stromrechnungen. Wir zahlen nicht länger für die Profite der Konzerne, egal ob Energieerzeuger oder Netzanbieter. Wir setzen als Netzentgelte 7,5 ct/kWh an. Dies dient für die Instandhaltung, den Aus- und Umbau des Stromnetzes sowie notwendige Energiespeichersysteme. Das ist nur etwas weniger als die derzeitigen Netzgebühren, allerdings fließen in diesem Fall alle Gelder in die Stromversorgung und landen nicht länger in Teilen auf den Konten der Energiekonzerne.

3) Wir zahlen keine sonstigen Abgaben für unseren Strom. Denn einheitliche steuerliche Abgaben für alle sind sozial ungerecht und belasten diejenigen am meisten, die am wenigsten

¹https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/DE2021_ISE_Studie_Stromgestehungskosten_Erneuerbare_Energien.pdf

² <https://strom-report.de/strompreise/strompreis-zusammensetzung/>

haben. Den Wegfall der Einnahmen wollen wir über andere Steuern, wie Vermögens- und Erbschaftssteuer, ausgleichen.

Beispiele für Zahlungstreiks aus der Vergangenheit

Die Idee für unseren Zahlungstreik kommt aus Großbritannien, wo Aktivist*innen unter dem Motto "Don't Pay" einen Zahlungstreik gegen die explodierten Gas- und Strompreise organisieren.³ Zahlungstreiks hat es in der Vergangenheit schon oft gegeben. Insbesondere im Kampf gegen Strompreiserhöhungen sowie gegen fossile und atomare Energien sind sie ein bekanntes Mittel. Einige historische Beispiele:

- In den 70er Jahren weigerten sich hunderte niederländische Haushalte, durch eine spezielle Gebühr neue Atomkraftwerke zu finanzieren. Nach diesem erfolgreichen Zahlungstreik wurde die Gebühr abgeschafft.⁴
- Unter dem Motto „Kein AKW für unser Geld“ behielten zur selben Zeit auch in Westdeutschland hunderte Menschen 10% ihrer Stromkosten zurück: Der Betrag stand für den Anteil von Atomstrom im Strommix.⁵
- Nach der Ankündigung einer Strompreiserhöhung um 70% beschlossen im Jahr 1974 in der Lombardei (Italien) 18.000 Arbeiter*innen die Hälfte ihrer Stromrechnungen nicht mehr zu bezahlen. Die Regierung wagte es nicht, zehntausenden Menschen den Strom abzustellen und ließ sich auf Verhandlungen ein. Die Erhöhung konnte dadurch stark vermindert werden.⁶

HINTERGRÜNDE – ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Entwicklung der Strompreise

Die Privatisierung des deutschen Strommarktes führt bereits seit den 90er Jahren zu immer höheren Preisen für private Endverbraucher*innen. So gehört Deutschland heutzutage zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen weltweit: fast drei Mal mehr als im internationalen Durchschnitt müssen die Endverbraucher*innen hierzulande zahlen.⁷

Die Preiserhöhungen zum Jahresbeginn fallen bundesweit sehr unterschiedlich aus. So erhöhen beispielsweise die Stadtwerke in Potsdam (Brandenburg) die Preise um rund 21 % auf 46,5 ct/kWh. Bei MVV Energie in Mannheim (Baden-Württemberg) sind in der Grundversorgung ab Januar knapp 45 ct/kWh fällig - statt bisher 27 ct/kWh. Der ostdeutsche Energieversorger Enviam (Chemnitz, Sachsen) verlangt künftig 48,1 ct/kWh, 20,1 Cent mehr als bisher. Neben Köln fällt auch in München die Erhöhung saftig aus: In der Grundversorgung der Stadtwerke kostet die Kilowattstunde ab Neujahr 61,9 Cent. Bisher waren es 25 Cent.

Die deutlichen Erhöhungen zum Jahreswechsel sind nicht die ersten in der jüngeren Vergangenheit: Nach Berechnungen von Check24 zahlte ein Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 5.000 Kilowattstunden (kWh) im November 2020 im Schnitt 29,4 ct/kWh.

³ <https://dontpay.uk/>

⁴ <https://www.stopkernenergie.nl/content/kalkar-heffing>

⁵ https://asb.nadir.org/digitale_medien/4976/kein-atomkraftwerk-mit-unserem-geld.pdf, S. 74

⁶ Ebd., S. 56f.

⁷ <https://www.verivox.de/strom/verbraucheratlas/strompreise-weltweit/>

Ein Jahr später waren es 31,6 ct/kWh. Im November 2022 lag der Durchschnitt bei 42,7 ct/kWh. Aktuell - Stand 2. Januar 2023 - liegt der Durchschnitt bei 46,7 ct/kWh.⁸

Warum die Strompreisbremse nicht reicht

Jeden Tag überschlagen sich die Nachrichten zu explodierenden Energiekosten und hierfür vorgesehene Entlastungspakete. Ein wichtiges Schlüsselwort in den Erklärungen der Bundesregierung zu diesem Thema ist die sogenannte *Strompreisbremse*. Aber: Die Strompreisbremse wird nicht reichen und sie ist sozial ungerecht.

Zu teuer ...

40 ct/KWh sind zu viel - selbst wenn 80 % des Stromverbrauchs im kommenden Jahr subventioniert werden sollen. Das seit Anfang des Jahres an die Stelle von Hartz IV getretene Bürgergeld sieht beispielsweise 40,74 € im Monat für Strom vor. Das reicht schlicht nicht. Das Online-Portal Check24 hat die durchschnittlichen Stromkosten für einen Ein-Personen-Haushalt auf das Jahr hochgerechnet und mit dem Regelsatz abgeglichen. Ergebnis: Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 1.500 Kilowattstunden pro Jahr belaufen sich die Kosten trotz Strompreisbremse auf 641 Euro, während das Bürgergeld gerade mal knapp 511 Euro - also 131 Euro zu wenig - vorsieht.⁹

Bereits für das Coronakrisenjahr 2021 verzeichnete die Bundesnetzagentur deutschlandweit 4 Mio. Stromsperrandrohungen, für rund 740.000 gab es eine Sperrbeauftragung beim zuständigen Netzbetreiber und fast 235.000 Haushalten wurde tatsächlich der Strom abgeschaltet.¹⁰ Wer schon vor diesem Herbst finanziell in der Bredouille steckte und seine Rechnungen kaum bezahlen konnte, den zwingen die derzeitigen Preise endgültig in die Knie.

... und sozial ungerecht

Immer mehr Menschen in Deutschland kratzen an der Armutsgrenze und frieren bereits in ihren dunklen Wohnungen. Wie sollen sie da 20% des Stroms im Vergleich zum Vorjahresverbrauch einsparen? Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sieht sich aktuell nur noch jeder Zweite (50%) in der Lage, regelmäßig Geld auf die hohe Kante zu legen.¹¹ Besonders die stark steigenden Preise für Gas und Strom machen sich bemerkbar. Demnach berichteten 67% der Befragten von starken finanziellen Belastungen durch teure Energie. Die Verschlechterung der Sparfähigkeit reicht den Angaben zufolge bis in die Mittelschicht. Aktuell können demnach noch etwa 52% der Befragten mit einem bedarfsgewichteten Einkommen zwischen 2.000 und 2.500 Euro sparen, vor zwei Jahren seien es noch 80% gewesen.

Auf der anderen Seite stehen Multimillionär*innen, die nicht nur ihre Villa, sondern auch den geheizten Pool, das Gartenhäuschen und den Rest ihres Anwesens wohl ausgeleuchtet wissen wollen. Auch ihr Stromkonsum wird durch die Strompreisbremse zu 80% subventioniert. Und das, obwohl das reichste Zehntel der in Deutschland lebenden Menschen jährlich ungefähr so viel Energie verbraucht wie die ärmsten 40%.¹² Statt fundamentale

⁸ <https://www.check24.de/strom/news/strompreise-2023-stromkosten-erneut-gestiegen-70735/>

⁹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/stromkosten-buergergeld-energie-101.html>

¹⁰ https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2022.pdf;jsessionid=7D205012BD558793C076A225EDCC9146?__blob=publicationFile&v=4

¹¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/geld-sparen-deutschland-inflation-energiekrise-100.html>

¹² <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/energie-energiekrise-strom-gas-oel-e670572/?reduced=true>

Ungerechtigkeiten anzugehen, zwingt die Strompreisbremse ausgerechnet diejenigen, die die Krise am heftigsten trifft, dazu, die verhältnismäßig größten Zugeständnisse zu machen.

Wir wollen stattdessen ein bezahlbares Stromkontingent für alle – und nicht eine teure Strompreisbremse, die mit 40 ct/kWh den Preis für Strom gegenüber 2021 immer noch fast verdoppelt.

Gewinne von Stromkonzernen

Während viele nicht wissen, wie sie ihre Stromrechnung bezahlen sollen, haben die großen Energiekonzerne fette Gewinne eingefahren. E.on hat alleine von Januar bis September 2022 4,3 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Bei Vattenfall stieg im selben Zder Umsatz um 38% auf 160.825 Mio. Schwedische Kronen (ca. 142 Milliarden Euro), der Gewinn belief sich bis Ende September damit auf 16.980 Mio. SEK (ca. 15 Milliarden Euro). Auch RWE hat mit einem Gewinn von 2,1 Milliarden Euro seinen Gewinn im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.¹³

Wer versteht überhaupt noch, wie die teils absurden Preisbildungen auf dem Strommarkt zustande kommen? Auf dem freien Markt bestimmt die teuerste Produktionsart den gesamten Strompreis und Konzerne streichen mit Hilfe fossiler Energieträger fette Gewinne ein. An diesem absurden Prinzip wird auch die Strompreisbremse nichts ändern. Statt ein kaputtes System oberflächlich zu kitten, sollten wir darüber reden, wie Strom in Zukunft für alle günstig bleiben und demokratisch verwaltet werden kann.

¹³ <https://www.waz.de/wirtschaft/versorger-eon-verbucht-milliardengewinn-in-der-energiekrise-id236865809>; <https://group.vattenfall.com/de/newsroom/pressemitteilungen/2022/vattenfall-veroeffentlicht-bericht-zum-3.-quartal-und-von-januar-bis-september-2022>; <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/serie-branchenausblick-gewinnabschoepfung-und-preisbremsen-so-geht-es-2023-auf-dem-energiemarkt-weiter/28853280.html>